

Nicht mehr zeitgemäß

Kohle per Draht – mit diesem Slogan warben die Energieversorger im Ruhrgebiet für Nachtspeicherheizungen, mit langfristigen Folgen bis in die heutige Zeit.

RALF KÖPKE

Der Austausch der Stromöfen ist ökologisch notwendig, ein Konzept hat die Bundesregierung aber noch nicht.

Uwe Leprich staunte nicht schlecht: 1,4 Millionen Wohnungen hierzulande werden mit Strom geheizt. „Das ist immerhin jede fünfundzwanzigste Wohnung in Deutschland“, verweist der Forschungsleiter vom Institut für ZukunftsEnergieSysteme (izes) in Saarbrücken auf ungeahnte Dimensionen.

Niedrige Netznutzungsentgelte subventionieren Nachtstrom

Dass Heizen mit Strom angesichts des niedrigen Wirkungsgrades konventioneller Kraftwerke ökologischer Unfug ist, gehört spätestens seit Anfang der achtziger Jahre zum umweltpolitischen Einmaleins. Dennoch ist die Zahl der Nachstromspeicheröfen seitdem nicht gesunken, sondern gestiegen – seit 1995 um satte sechs Prozent trotz des schlechten Images. Das ist das Ergebnis einer Bestandsaufnahme über Elektroheizungen, die das izes zusammen mit dem Bremer Energie Institut (BEI) für das Bundesumweltministerium vorgelegt hat.

ist, hält Wolfgang Schulz für „nicht realistisch“. Der Fachmann vom Bremer Energie Institut (BEI) verweist darauf, dass nach der VDI-Richtlinie 2067 die Lebensdauer von Nachtspeicheröfen mittlerweile 25 Jahre beträgt: „Da in einer Wohnung meist Öfen verschiedener Generationen stehen, gibt es auch keinen idealen Zeitpunkt für einen Austausch.“

Dass die Abschaffung der Stromöfen klimapolitisch „großen Sinn“ macht, ist für Schulz keine Frage. Forcieren ließe sich das Aus der Nachtspeicheröfen durch eine verbesserte Förderung: „Der Tilgungszuschuss von 17,5 Prozent, den die KfW-Bank über ihre Programme gewährt, bietet für Hausbesitzer und Wohnungsgesellschaften keine Anreize zum Austausch, wir bräuchten eine Größenordnung von vierzig Prozent.“

Um den Energieversorgern den wirtschaftlichen Anreiz zu nehmen, weiter offensiv für Nachstromspeicheröfen und elektrische Durchlaufheizungen zu werben, plädiert Schulz zudem für „marktkonforme Netznutzungsentgelte“. Was heißt das? Die

izes/BEI-Studie kam zu dem überraschenden Ergebnis, dass so mancher Energieversorger für den Nachstrom mit Netznutzungsentgelten von nur 2 Cent/kWh kalkuliert – das heißt,

40 Prozent-Zuschuss für Austausch ist notwendig

weit weniger als einem Drittel der regulären Netznutzungsentgelte im Niederspannungsbereich.

Diese Praxis, sagt Schulz, ist durch die Stromnetzentgeltverordnung (§ 19 Abs. 2) nicht gedeckt. Danach dürften diese Tarife höchstens 50 Prozent unter den veröffentlichten Netzentgelten liegen, und das auch nur, wenn der Höchstlastbeitrag eines Endverbrauchers vorhersehbar erheblich von der zeitgleichen Jahreshöchstlast aller Entnahmen aus dieser Netz- oder Umspannebene abweicht. Schulz: „Mit der heutigen Praxis subventionieren die normalen Haushalte die Speicher-Kunden der Stromversorger.“

Nach Berechnungen der Studie müsste der Kilowattstundenpreis für

Nachstromheizungen ohne Anwendung des § 19 Abs. 2 bei 16,23 Cent/kWh liegen: „Würden die Strompreise für Elektroheizungen auf dieses 16 Cent-Niveau angehoben, erhöhte sich spürbar der Druck, diese Heizungen schnellstmöglich zu ersetzen.“

Was auch im Sinne von Holger Krawinkel, Leiter des Fachbereichs Bauen, Energie, Umwelt bei der Verbraucherzentrale Bundesverband, ist: „Bei Nachstromheizungen gibt es keinen Wettbewerb. Wer einmal als Mieter die Öfen in seiner Wohnung stehen hat, hat keine Chance zu einem Anbieterwechsel.“ Nötig wäre dieser Schritt für viele Haushalte, sagt Leprich: „Viele Elektroheizungen sind in großen Siedlungen installiert worden, in denen sozial schwächere

Mitbürger wohnen. Da viele Stromversorger gerade ihre Nachstromtarife deutlich erhöht haben, sprechen für den Austausch dieser Öfen auch soziale Gründe.“

Solche großen Elektroheizungsbestände gibt es beispielsweise in Bochum-Wattenscheid oder Essen-Hörsterfeld. Dass allein in Essen heute noch über 60 000 Nachtspeicheröfen am Netz sind, ist angesichts des Firmensitzes von RWE in der Ruhrgebietsstadt kein Zufall. In Umweltschützerkreisen gilt der frühere RWE-Ingenieur Bernd Stoy als Erfinder der Speicheröfen, die dem Konzern geholfen haben, seine Kraftwerke auch in den Nachtstunden kontinuierlich auszunutzen.

Essen ist nur die Spitze in Nordrhein-Westfalen. Im Energieland Nummer eins sind noch immer über 450 000 Nachtspeicherheizungen in Betrieb. Reiner Priggen, energiepolitischer Sprecher der Landtagsgrünen, fordert deshalb von der Düsseldorfer Landesregierung nicht nur einen Erlass, der neue Elektroheizungen verbietet, sondern auch ein umfangreiches Förderprogramm, um den Austausch in Gang zu bringen. „Wir wollen das Kabinett Rüttgers an seinen wiederholt geäußerten Klimaschutzziele messen“, begründet Priggen seine Anträge im Landtag, um das Verbot und das Förderprogramm auf den Weg zu bringen.

Noch wartet der Grüne auf eine Antwort von Wirtschaftsministerin Christa Thoben. Vor gut vier Wochen wollte Priggen mit einer kleinen Anfrage wissen, wie die Landesregierung die Internetwerbung des RWE-Konzerns für Nachstromspeicheröfen bewertet. Bleibt abzuwarten, ob sich die CDU/FDP-Koalition mit dem Essener Energiekonzern anlegt. **E&M**



Bild: Dimplex

Schrittliches Decret. Ökologischer Umzug: Wie als 1,4 Millionen Nachstromspeicheröfen die in deutschen Wohnungen und verstreuten stillen 3 % der korbgebundenen CO₂-Emissionen